

# freiheit-liberté

November 2017 | Newsletter IG Freiheit | Postfach 470, CH-8702 Zollikon | www.freiheit-liberte.ch



## Editorial

Es gibt bekanntlich nicht nur unsinnige Gesetze, sondern auch immer wieder kuriose Gerichtsurteile. Einen solchen Entscheid fällt das Sozialgericht Dortmund im September 1998. Im Fall, den die Richter zu beurteilen hatten, ging es um eine Gastwirtin, die bei der Abrechnung der Tageseinnahmen morgens um 1.30 Uhr einschlieft. Daraufhin stürzte sie unglücklich von einem Barhocker und verletzte sich am Kopf. Die Wirtin arbeitet seit 11 Uhr und war offensichtlich übermüdet.

Die Unfallversicherung lehnte eine Zahlung ab und stellte sich auf den Standpunkt, es habe kein Arbeitsunfall vorgelegen. Das Sozialgericht Dortmund entschied daraufhin, dass Personen, die während der Arbeit einschlafen, von einer Sitzgelegenheit fallen und sich dabei verletzen, nur dann einen Arbeitsunfall erlitten haben, wenn sie infolge betrieblicher Überarbeitung vom Schlaf übermüdet worden sind oder der Schlaf am Arbeitsplatz sich auf andere betriebliche Gründe zurückführen lasse. Diese Voraussetzungen seien im vorliegenden Fall für die eingeschlafene Wirtin nicht gegeben. Ein durchaus streitbares Urteil.

Nun fragt sich der geneigte Leser, wie der Fall denn zu beurteilen wäre, wenn es sich um einen schlafenden Beamten handeln würde. Leider bleibt diese Frage graue Theorie, denn die Mitarbeiter der Bundesverwaltung sind ausserordentlich fleissig. Auch in den vergangenen Sommermonaten wurden wir wieder mit einer Vielzahl bürokratischer Fragestellungen konfrontiert – von der Einführung einer Zuckersteuer über neue Rauchverbote bis hin zur Frage eines Hornverbots für Kursschiffe. Gut, gibt es die IG Freiheit – und damit eine Organisation, die behertzt gegen solchen Unsinn ankämpft!

Freundliche Grüsse,

Gregor Rutz, Nationalrat  
Präsident IG Freiheit

## Sommerliche Bürokratieprobleme

### Verbot von Hornsignalen und Rauchen im Freien?

Die sommerliche Hitze beflügelte offenbar die Fantasie vieler Bürokraten. So drehten sich die politischen Diskussionen im Sommer 2017 nicht nur um die Altersvorsorge und die Landesverteidigung, sondern um Themen wie ein Hornverbot für Kursschiffe, die Einführung einer Zuckersteuer und zusätzliche Rauchverbote, u.a. in Parks und auf Terrassen.

Im Juli machte ein Bündner, der eine Zweitwohnung im zürcherischen Stäfa besitzt, von sich reden. Der lärmgeplagte Seeanwohner beklagte sich beim Bundesamt für Verkehr (BAV), die Hornsignale der Kursschiffe würden gegen die Binnenschiffahrtsverordnung verstossen. Statt nur in Ausnahmefällen zu hupen, würden die Schiffe immer wieder kurze Schallsignale abgeben, wenn sie an- oder ablegten oder um andere Seenutzer zu warnen. Dies störe ihn.

#### Bündner ärgert sich über Zürichsee-Schiffe

Das BAV nahm sich der Lärmklage des Exilbündners an und prüfte die Praxis der Zürcher Schifffahrtsgesellschaft. Und tatsächlich: In Bundesbern stellte man fest, dass die seit rund 50 Jahren von den Kursschiffen angewandte Praxis zur Warnung von Schwimmern, Pedalo- und anderen Kleinbootfahrern der einschlägigen Verordnung widerspricht. Wenn ein Anlass für eine Warnung bestehe, habe diese mit dem vorgeschriebenen Signal zu erfolgen: einem vier Sekunden dauernden Hornton – und nicht etwa mit einem nur kurzen Signal. Die Kapitäne auf dem Zürichsee nahmen diesen Hinweis ernst und pflegen heute längere Hornsignale zu geben. Eine 85-jährige Stäfnerin ärgerte sich dertart über die Intoleranz des Klägers, dass sie im Sommer immer wieder im Bereich des Schiffstegs schwamm und heftig winkte, um so die Schiffe zum Hornen zu bringen. Die Schaulustigen am Hafen Stäfa dankten es ihr mit Applaus. Damit hat der verärgerte Zweitwohnungsbesitzer genau das Gegenteil dessen erreicht, was er eigentlich anstrebte: Heute hupen die Schiffe häufiger, lauter und länger. Dies aber durchaus zur Freude von Kindern und Touristen.

#### Totales Rauchverbot?

Die Tessiner Grossrätin Nadia Ghisolfi ist



eine glühende Nichtraucherin. Sie reichte in den vergangenen Wochen ganze vier Vorstösse ein, um ein möglichst flächendeckendes Rauchverbot zu erreichen. In Gartenbeizen soll es künftig Nichtraucherzonen geben: Die Wirte sollen gesetzlich gezwungen werden, Rauchertische zu separieren. Ebenso soll das Rauchen in Bahnhöfen, an Bushaltestellen und auch im Eingangsbereich von öffentlichen Gebäuden generell verboten werden. Ghisolfi wünscht sich einen Alltag ohne Zigarettenrauch.

Die Vorstösse sind umstritten, lehnte die Bevölkerung im September 2012 doch ein totales Rauchverbot deutlich ab. Einzig der Vorstoss, das Rauchen auf Spielplätzen zu untersagen, findet ein gewisses Verständnis. Dort geht es aber weniger um den Zigarettenrauch, sondern mehr um die Frage der Zigarettenstummel, welche sich die Kinder in den Mund stecken könnten, was zu gesundheitlichen Problemen führt.

## Herbstanlass im Toggenburg

# Zuckersteuer im Visier

Wie jedes Jahr im September lud die IG Freiheit zum Herbstanlass im Haus der Freiheit im Toggenburg ein. Präsident Gregor Rutz und Gastgeber Toni Brunner begrüßten die Mitglieder und Gäste zum Thema «Umstrittene Zuckersteuer».

Schon zum neunten Mal durfte die IG Freiheit am 29. September zahlreiche Mitglieder und Gäste im schönen Toggenburg begrüßen. Das Publikum erhielt Einblicke in das aktuelle Thema «Zuckersteuer» aus der Sicht der Politik, aber auch aus der Sicht der Nahrungsmittel- und Getränkeindustrie. Am Podiumsgespräch waren prominente Persönlichkeiten vertreten: Ständerätin Karin Keller-Sutter, Nationalrat Alois Gmür, Dieter Bachmann (CEO Gottlieber Spezialitäten AG) und Matthias Schneider (Leiter Kommunikation & Public Affairs Coca-Cola Schweiz). Moderiert wurde das Gespräch von Simon Hehli, Inlandredaktor der NZZ. Bereits an der Verleihung des Rostigen Paragraphen hat die IG Freiheit das Thema «Zuckersteuer» aufgenommen und den entsprechenden Vorstoss als einen der fünf Nominierten festgelegt. Bis heute kommt der Druck vor allem von der Westschweiz aus - eine Standesinitiative aus Neuenburg hat jetzt auch das Parlament erreicht und wird die Bundesversammlung bald beschäftigen. Mit dem vorgeschlagenen Gesetz soll eine Steuer auf Zucker eingeführt werden. Es soll definiert werden, welche Berufsgruppen der Steuer unterliegen und welche davon befreit sind. Zudem soll es Werbebeschränkungen geben.

### Vorstoss abgelehnt

Das Parlament befasst sich immer wieder mit diesen Themen. Kürzlich wurde ein Vorstoss von SP-Nationalrätin Valérie Piller Carrard in dieser Angelegenheit abgelehnt.



v.l.n.r. Gregor Rutz, Alois Gmür, Simon Hehli, Karin Keller-Sutter, Matthias Schneider, Dieter Bachmann

Mit der Forderung einer Einführung von Gesundheitshinweisen in der Lebensmittelwerbung wollte sie, dass die Öffentlichkeit besser sensibilisiert und geschützt wird. Der Antrag wurde jedoch im Nationalrat mit grosser Mehrheit abgelehnt. Auch der Bundesrat lehnte den Vorstoss ab, mit der Begründung, dass schon unzählige andere Projekte im Gang seien - was auch nicht wirklich beruhigend ist.

### Eigenverantwortung gefragt

An unserem Podiumsgespräch war man sich einig, dass staatliche Obergrenzen, Vorschriften oder gar Verbote nicht zielführend sind. Schon heute nehmen Nahrungsmittel- und Getränkeproduzenten ihre Verantwortung wahr, indem sie die Zutaten und Nährwerte, somit auch den Zuckergehalt, transparent deklarieren. Wo möglich wird der Zuckeranteil auf dem Minimum gehalten oder gar ganz weggelassen. Zudem wird an die Eigenverantwortung bei Erwachsenen und die vernünftige Erziehung und Aufklärung bei Kindern appelliert. Die geplanten staatlichen Massnahmen bevormunden die Konsumenten, schränken ihre Wahlfreiheit ein und schwächen die Eigeninitiative jedes einzelnen. Auch für die Wirtschaft würde eine Zuckersteuer nur Nachteile mit sich bringen - das bereits hohe Preisniveau der betroffenen Nahrungsmittel oder Getränke würde zusätzlich erhöht und der Einkaufstourismus folglich gefördert.

Zum weniger beängstigenden Teil des Abends gehört jeweils das gemütliche Nachtessen, dieses Mal mit «Ghackets und Hörnli» und einem guten Glas Wein.

## Rostige § gesucht!

Für die nächste Verleihung des Rostigen Paragraphen am 17. Mai 2018 möchten wir die Hinweise und Rückmeldungen unserer Mitglieder noch höher gewichten!

Wer uns einen geeigneten Kandidaten für nächstes Jahr vorschlägt, erhält einen attraktiven Preis. Es gibt einen Mini-Paragraphen (Höhe 16cm) sowie einen Besuch im Bundeshaus zu gewinnen. Mitmachen lohnt sich also!

Die Vorschläge können bis 31.12.2017 eingereicht werden unter: [info@freiheit-liberte.ch](mailto:info@freiheit-liberte.ch)



## Nachhaltige Ernährung als Staatsaufgabe

# Verwaltungsbeamte als Ernährungsberater

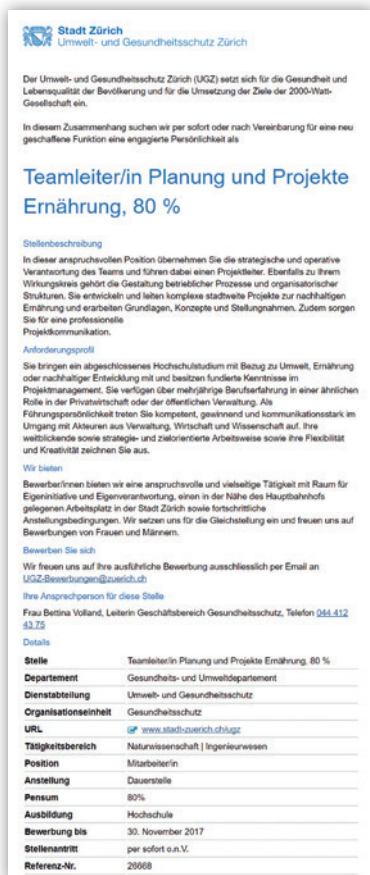
Bei den Nominationen für den «Rostigen Paragraphen» zeigt es sich immer wieder: In grossen Städten sind bürokratische Ideen besonders verbreitet. So auch in der Stadt Zürich, die seit vielen Jahren von einer rot-grünen Mehrheit regiert wird. Neuerdings macht es sich die Stadt sogar zur Aufgabe, die Ernährung der Bevölkerung zu beeinflussen.

Dass die Stadt Zürich der Bevölkerung kostenlos Elektrogrills zur Verfügung stellt, erstaunt heute niemanden mehr. Gleichzeitig scheint aber die Idee des «Urban Farming» überlebt – der Gemüseanbau in der Grosstadt scheint wenig Zukunftsperspektiven zu haben. Umso wichtiger natürlich, dass die Stadtverwaltung sich vermehrt um die pflanzliche Ernährung kümmert – so zumindest sehen es gewisse politische Kräfte an der Limmat.

### Stadtverwaltung macht Ernährungsberatung

In einem jüngst erschienenen Stelleninserat sucht die Stadt Zürich einen Teamleiter «Planung und Projekte Ernährung». Die Stelle umfasst strategische wie auch operative Verantwortungsbereiche: «Sie entwickeln und leiten komplexe stadtweite Projekte zur nachhaltigen Ernährung und erarbeiten Grundlagen, Konzepte und Stellungnahmen».

Die Stellenausschreibung steht inhaltlich in Zusammenhang mit der Volksinitiative «Nachhaltige und faire Ernährung». Dieser Vorstoss wollte in der Gemeindeordnung die Verpflichtung der Stadt zur Förderung einer ressourcenschonenden Ernährung verankern. In Anbetracht der Auswirkungen des Konsums von Tierprodukten, so die Initianten, sei vermehrt auf pflanzliche Ernährung zu setzen. Um dieses Ziel zu erreichen, solle die Stadt Zürich eine Stiftung zur Förderung der pflanzlichen Ernährung errichten und die Bevölkerung über diese Bemühungen informieren. Zudem strebten die Initianten nach strikteren Auflagen beim Ernährungsangebot an Veranstaltungen und verlangten eine stärkere Ausrichtung der Verpflegung



**Stadt Zürich**  
Umwelt- und Gesundheitsschutz Zürich

Der Umwelt- und Gesundheitsschutz Zürich (UGZ) setzt sich für die Gesundheit und Lebensqualität der Bevölkerung und für die Umsetzung der Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft ein.

In diesem Zusammenhang suchen wir per sofort oder nach Vereinbarung für eine neu geschaffene Funktion eine engagierte Persönlichkeit als

### Teamleiter/in Planung und Projekte Ernährung, 80 %

**Stellenbeschreibung**  
In dieser anspruchsvollen Position übernehmen Sie die strategische und operative Verantwortung des Teams und führen dabei einen Projektleiter. Ebenfalls zu Ihrem Wirkungsbereich gehört die Gestaltung betrieblicher Prozesse und organisatorischer Strukturen. Sie entwickeln und leiten komplexe stadtweite Projekte zur nachhaltigen Ernährung und erarbeiten Grundlagen, Konzepte und Stellungnahmen. Zudem sorgen Sie für eine professionelle Projektkommunikation.

**Anforderungsprofil**  
Sie bringen ein abgeschlossenes Hochschulstudium mit Bezug zu Umwelt, Ernährung oder nachhaltiger Entwicklung mit und besitzen fundierte Kenntnisse im Projektmanagement. Sie verfügen über mehrjährige Berufserfahrung in einer ähnlichen Rolle in der Privatwirtschaft oder der öffentlichen Verwaltung. Als Führungspersönlichkeit treten Sie kompetent, gewinnend und kommunikationsstark im Umgang mit Akteuren aus Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft auf. Ihre weitreichende sowie strategische und zielorientierte Arbeitsweise sowie Ihre Flexibilität und Kreativität zeichnen Sie aus.

**Wir bieten**  
Bewerber/innen bieten wir eine anspruchsvolle und vielseitige Tätigkeit mit Raum für Eigeninitiative und Eigenverantwortung, einen in der Nähe des Hauptbahnhofs gelegenen Arbeitsplatz in der Stadt Zürich sowie fortschrittliche Anstellungsbedingungen. Wir setzen uns für die Gleichstellung ein und freuen uns auf Bewerbungen von Frauen und Männern.

**Bewerben Sie sich**  
Wir freuen uns auf Ihre ausführliche Bewerbung ausschliesslich per Email an [UGZ-Bewerbungen@zuerich.ch](mailto:UGZ-Bewerbungen@zuerich.ch).

**Ihre Ansprechperson für diese Stelle**  
Frau Bettina Volland, Leiterin Geschäftsbereich Gesundheitsschutz, Telefon 044 412 43 73

<b>Datals</b>	
<b>Stelle</b>	Teamleiter/in Planung und Projekte Ernährung, 80 %
<b>Departement</b>	Gesundheits- und Umweltschutz
<b>Dienststellung</b>	Umwelt- und Gesundheitsschutz
<b>Organisationseinheit</b>	Gesundheitsschutz
<b>URL</b>	<a href="http://www.stadt-zuerich.ch/ugz">www.stadt-zuerich.ch/ugz</a>
<b>Tätigkeitsbereich</b>	Naturwissenschaft   Ingenieurwesen
<b>Position</b>	Mitarbeiter/in
<b>Anstellung</b>	Dauerstelle
<b>Pensum</b>	80%
<b>Ausbildung</b>	Hochschule
<b>Bewerbung bis</b>	30. November 2017
<b>Stellenantritt</b>	per sofort o.n.V.
<b>Referenz-Nr.</b>	28088

auf vegetarische und vegane Speisen in öffentlich-rechtlichen Betrieben.

### Gegenvorschlag thematisiert Klimaproblematik

Die Initiative ging dem städtischen Parlament etwas gar weit. Im Gegenvorschlag sieht der Gemeinderat vor, dass die Stadt für die «Förderung der umweltschonenden Ernährung» sowie die «Information über den Einfluss der Ernährung auf das globale Klima» zuständig sei. Immerhin hätten sich die städtischen Stimmberechtigten im November 2008 deutlich für die Ziele einer 2000-Watt-Gesellschaft ausgesprochen – und damit für eine Stadt mit hoher Lebensqualität, in der die Menschen Energie und Ressourcen nachhaltig nutzen.

### Nein zu furzenden Kühen

Vor diesem Hintergrund sei darauf hinzuweisen, dass die Landwirtschaft ein «zentraler Treiber der Umweltbelastung durch die Ernährung» sei. Dabei sei nicht nur der lokale Einfluss auf Böden, Gewässer, Luft und biologische Vielfalt entscheidend, sondern auch die globalen Auswirkungen auf die Umwelt. Da 80 Prozent des weltweiten Sojaanbaus zur Produktion von Tierfutter verwendet werden, resultieren Urwaldabholzung und die Zerstörung des Lebensraums zahlreicher Arten. Auch die Ausbringung von Düngern oder die Methanemissionen von Wiederkäuern seien nachteilig für das globale Klima.

Seien wir also dankbar, dass immerhin die Städtzürcher Behörden erkannt haben, dass Massnahmen gegen furzende Kühe überfällig sind!

## Paragraphen-Warnung

### Früh aufstehen verboten

Rund ein Dutzend Seidenhühner, ein Hahn und diverse Küken wurden vom Baurekursgericht Zürich zum Ausschlafen verdonnert. Aufgrund einer Lärmklage aus der Nachbarschaft gilt für die Hühner die übliche Nachtruhe von 22 bis 6 Uhr. Der Hahn jedoch darf an Werktagen erst ab 7 Uhr und an Wochenenden sogar erst ab 8 Uhr aus den Federn. Zudem muss der Hühnerstall schalldicht isoliert und umgebaut werden. Das nicht schalldichte Fenster darf weiterhin geöffnet bleiben, um die Luftversorgung der Tiere nicht zu gefährden – wie grosszügig!

### Goldenes Dach muss weg

In Olten steht ein Haus mit goldenem Dach – das muss jetzt weg. Kurz nach der Fertigstellung des Hauses im Jahr 2009 begann ein langjähriger Rechtsstreit. Den übrigen Einwohnern passt das goldige Dach nicht, es blendet und sowieso seien auch die Fenster viel zu gross. Die Stadt Olten verlangte von den Eigentümern ein Baugesuch, um die notwendigen Änderungen umzusetzen. Es wurde abgelehnt, da die Fenster immer noch zu gross wären. Eine Beschwerde des Eigentümers am kantonalen Bau- und Justizdepartement wurde abgelehnt. Der Entscheid ist rechtskräftig und ein neues Gesuch muss her – viel Bürokratie für nichts!

### Frauenräume in Nachtclubs

Künftig sollen Clubs ab einer Kapazität von 300 Personen einen Frauenraum anbieten müssen, allenfalls sogar mit finanzieller Unterstützung des Staats. Das fordert Juso-Präsidentin Tamara Funicello und setzt sich für dieses Anliegen ein, weil der heutige Zustand für Frauen unzumutbar sei. Mitstreiter für diese Idee findet man praktisch keine. Weder die Clubs noch die Frauen selbst sehen darin die Lösung für das Problem von sexuellen Belästigungen. Ein Umbau, zusätzliches Personal und weitere damit verbundene Umtriebe wären unsinnig und überflüssig, gehen doch die meisten gerne geschlechtergemischt in den Ausgang. Mit diesem Ansatz müssten wir dann räumliche Geschlechtertrennung auch in Büros, Fitness-Centern und Bibliotheken umsetzen...

## Schlusspunkt

# Verordnungsveto ist überfällig

**Nach jahrelanger Diskussion stimmte die Staatspolitische Kommission des Ständerates im August 2016 der Einführung eines Verordnungsvetos endlich zu. Es brauchte intensive Anstrengungen aus dem Nationalrat, um die kleine Kammer vom Sinn dieses Vorhabens zu überzeugen. Und bereits wieder geben Verordnungen zu reden, welche die Absichten des Gesetzgebers in keiner Art und Weise wiedergeben. Höchste Zeit also, konkrete Massnahmen zu treffen.**



Immer wieder gab der Erlass von Verordnungen durch Bundesrat und Verwaltung in den vergangenen Jahren Anlass zu Ärger und Diskussionen. Der Wille des Gesetzgebers wurde wiederholt unterlaufen. Dabei hätte die Exekutive eigentlich nur die Aufgabe, Umsetzungsbestimmungen für beschlossene Gesetze zu erlassen.

### IG Freiheit für Verordnungsveto

Die IG Freiheit engagiert sich seit Jahren für die Einführung des Verordnungsvetos, um die Mitsprache des Parlaments zu stärken. Das Veto soll sicherstellen, dass eine bestimmte Anzahl Parlamentarier verlangen kann, eine Verordnung zur Bearbeitung an die Regierung zurückzuweisen, wenn der Wille des Parlaments nicht respektiert ist.

Entsprechende Vorstösse aus dem Nationalrat scheiterten immer wieder im Ständerat, so auch die Initiativen der IG Freiheit-Vorstandsmitglieder Thomas Müller und Jean-René Fournier. Der jüngste Vorstoss von Nationalrat Thomas Aeschi aber ist nun auf der Zielgeraden: Nach dem Nationalrat hat die Staatspolitische Kommission des Ständerates im August 2016 grünes Licht gegeben, eine entsprechende Regelung auszuarbeiten. Die Ständeräte kamen zum Schluss, «dass die Erfahrungen mit kürzlich erfolgten Ordnungsgebungen gezeigt haben, dass das Parlament ein wirksames Instrument braucht». Auch aktuelle Beispiele zeigen, dass diese Einschätzung richtig ist.

### NISSG als jüngstes Beispiel

Den neusten Coup landete die Verwaltung

mit der Verordnung zum neuen Gesetz über den Schutz vor Gefährdungen durch nichtionisierende Strahlung und Schall (NISSG). Dieses Gesetz enthält Vorschriften zu Medizinlasern, Laserpointern sowie Solarien. Hier schreibt das Gesetz vor, dass die Betreiber von Sonnenstudios nicht nur die Vorschriften der Gerätehersteller beachten müssen, sondern ihren Kunden darüber hinaus auch Informationen und Warnhinweise zu vermitteln haben. Der Branchenverband Photomed hat diese Punkte schon vor einiger Zeit selbständig aufgenommen.

Das Parlament sah davon ab, ein gesetzliches Mindestalter für Solariumbesuche vorzuschreiben, da die meisten Geräte in Privathaushalten stehen und die kommerziellen Standorte 90% Selbstbedienungsstudios sind. Bei Privathaushalten ist eine gesetzliche Regelung wirkungslos, während Selbstbedienungsstudios in ihrer Existenz gefährdet wären, müssten sie plötzlich Personal einstellen. Kommt hinzu: Freiwillige Hinweise bei Sonnenstudios funktionieren. Lediglich 1 Prozent der Kundschaft ist unter 18 Jahren alt. Diese Einzelfälle liessen sich auch mit einem gesetzlichen Verbot kaum vermeiden.

Trotzdem will nun das Bundesamt für Gesundheit ein Verbot für Minderjährige und die Sonnenstudios sogar verpflichten, Beratungsgespräche mit Neukunden zu führen – obwohl der Gesetzgeber anders entschieden hat. Ein klarer Fall für ein Verordnungsveto.

### Gewaltenteilung schützen

Die Gegner eines Verordnungsvetos argumentieren oft mit der Gewaltenteilung. Sie übersehen dabei, dass das Veto nicht etwa zu einer Machtverschiebung von der Exekutive zur Legislative führt, sondern vielmehr die umgekehrte Tendenz korrigiert. Seit Jahren gewinnt die über 35'000 Köpfe zählende Bundesverwaltung immer mehr Einfluss und will politisch den Ton angeben. Weigert sich die Exekutive, Parlamentsbeschlüsse umzusetzen, fehlt ein Mittel, dies zu korrigieren. Wer die Gewaltenteilung schützen will, tut also gut daran, einem Verordnungsveto zuzustimmen.

## Krebs-Warnhinweise für Alkohol?

Laut einem Bericht, der im Fachjournal «The Lancet» publiziert worden ist, begünstigt Alkoholkonsum die Entstehung diverser Krebsarten. Wissenschaftler fordern deshalb, dass auf Wein, Bier und Spirituosen künftig Warnhinweise wie auf Zigarettenpackungen erscheinen müssen. In Irland wird dieser Vorschlag voraussichtlich im neuen Alkoholvergesetz umgesetzt. Auch in der Schweiz ist die Diskussion entfacht. Vor allem linke Politiker und Gesundheitsfanatiker unterstützen die Einführung solcher Warnhinweise. Einmal mehr werden die Eigenverantwortung und Mündigkeit der Menschen vergessen und sofort auf Panik gemacht. Der Konsum von Alkohol ist für die meisten Leute ein Genuss, und das soll auch so bleiben! Die IG Freiheit wird solche Paragraphen auf jeden Fall bekämpfen.



## Veranstaltungen

### Rostiger Paragraph 17. Mai 2018

Aura Zürich  
Bleicherweg 5, 8001 Zürich

## Impressum



IG Freiheit  
Postfach 470  
CH-8702 Zollikon  
T +41 43 499 40 33  
F +41 44 391 32 30  
info@freiheit-liberte.ch  
www.freiheit-liberte.ch  
Postkonto: 85-518003-6  
Auflage: 3'000 Expl.